

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Anzeigenpreise:** Die 20 mm breite Zeile kostet Goldmark 0,30, für einwöchige Goldmark 1,50, für einmonatliche Goldmark 3,00, für einvierteljährliche Goldmark 6,00, für einjährige Goldmark 12,00. — Die Preisliste für Druck- und Anzeigenpreise liegt bei der Redaktion. — Für die Aufnahme von Anzeigen und Inseraten kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

**Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung**

**Bezugspreise:** Für den halben Monat 1 G. Mark bei framer Zustellung durch Post. — Postbezug für Monat April 2,25 Goldmark, für die Tages- und Wochenblätter monatlich 2 Kr. 15. — Kreuzabhebungen: im Inlande wöchentlich 0,90 Goldmark, nach dem Ausland 1,20 Goldmark. **Einzelnummer 10 G. Pfennig**

**Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 27 980, 27 981, 27 982, 27 983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060**

Nr. 100

Dienstag, 29. April 1924

XXXII. Jahrg.

## Die belgisch-französische Konferenz in Paris

Belgien für sofortige und endgültige Lösung des Reparationsproblems — Keine militärischen Sonderanktionen mehr — Keine Schwentung der italienischen Politik

### „Der psychologisch günstigste Augenblick“

Belgische Ansichten über die Aussichten einer allgemeinen Einigung

Telegramm unseres Korrespondenten

Paris, 28. April

Die belgisch-französische Besprechung nahm gestern Abend ihren Anfang. Eine dem Ministerpräsidenten Dehaene nachstehende Persönlichkeit äußerte sich über die Haltung des Brüsseler Radikals: „Unsere Politik hat keine Veränderung erfahren. Wir bleiben uns selbst treu, verfolgen eine Politik interallierter Zusammenarbeit und halten uns auch an unsere Abmachungen mit Frankreich. Dafür ist der beste Beweis, daß wir vor unserer Londoner Reise nach Paris gekommen sind. Wir hoffen, daß unsere Beziehungen ein günstiges Resultat haben werden. Auf unserer Seite steht es an gutem Willen nicht. Wir werden folgende Punkte erörtern:

1. Finanzielle Fragen, die sich aus dem Sachverständigenplan ergeben.
  2. Politische Konsequenzen, welche aus dem Sachverständigenplan resultieren.
  3. Belgisch-französische Angelegenheiten.
- Unser Streben richtet sich darauf, das Sachverständigenprojekt so bald als möglich in die Praxis überzuführen, damit der erste Schritt der vorangehenden internationalen Anleihe realisiert werden kann. Wir haben uns über die Möglichkeit einer baldigen Realisierung der Anleihe mit General Dawes unterhalten und wissen, daß letzter der psychologisch günstigste Augenblick ist, das Reparationsproblem für einige Jahre wenigstens aus der Welt zu schaffen und die Voraussetzungen für eine friedliche Arbeit in Europa und in der Welt herzustellen. In diesem Sinne wollen wir auf das französische Kabinett einwirken. Wir sind davon überzeugt, daß die belgisch-französische

Demobilisierung im Nahgebiet auf engste mit der Garantiefrage verknüpft ist, und daß auch bei dieser Gelegenheit über die Rückverträge und die Eisenbahnfrage gesprochen werden muß. Wir sind gewiss, auch mit Frankreich einig zu werden. Was wir hier erreichen werden, das soll in London unsere diplomatische Operationsbasis bilden. Rüdiger lassen sich erst die großen politischen Fragen ins Auge fassen.“

Küher dieser Meinungsäußerung liegen noch folgende Mitteilungen aus belgischen Kreisen vor: Die belgischen Sachverständigen sind der Ansicht, daß nach Aufhebung der 800-Millionen-Goldmarkanleihe in den nächsten fünf Jahren weitere 15 Milliarden Dollarationen unterbrochen werden müssen, welche die deutschen Eisenbahnen und Industriehypotheken zur Grundbesitz haben. Wenn diese Operationen gelingen, wird nach belgischer Meinung ein größeres Interesse an der platten Abwicklung der deutschen Zahlungsverpflichtung überaus herrschen, so daß man tatsächlich von einem gelungeneren Geschäft sprechen könnte. Schwierigkeiten von deutscher Seite befürchtet man nicht, wenn eine geschlossene interalliierte Front besteht. In der Frage der Sanktionen meinen die belgischen Minister dem englischen Standpunkt an. Sie sind entschieden Gegner militärischer Zwangsmaßnahmen und empfehlen ein famuliertes System, sogenannte Garantieanktionen. Dieses System soll darin bestehen, daß im Falle einer deutschen Verletzung von den Alliierten die deutsche Zollverwaltung oder eine andere Verwaltung übernommen wird. Derartige rein wirtschaftliche Sanktionen halten die Belgier für praktikabler, von militärischen erlösen sie sich nichts. In der Ruhrfrage erörtern die Belgier eine möglichst enge Anknüpfung an den Sachverständigenplan.

### Der Wahlkampf in Frankreich

Von unserem Pariser Korrespondenten

Paris, 28. April

Maneransprüche. Sonderwähler mit Wahlprogrammen auf dem Rücken, fröhliche Herrscher und Flugblätter kühnererredender Inhalts sind aus der Mode gekommen. Die Rosern und Dolchwunden sind durch lange Kontakte von den Reklamemännern beschlagnahmt, kosten hohe Steuern und finden geringe Beachtung; lustvoll belächelt man die Ausstellungen der geschäftigen Pariser keinen Eindruck, und Flugblätter lassen sich die Leute nicht gern in die Hände drücken. Das äußere Bild des Wahlkampfes nimmt sich friedlich-langweilig aus. Anknüpfung von Verleumdungen, Aufzählung der Kandidaten mit genauer Angabe der Ausschreibungen (Chrenologie, Mißbüchlein usw.) bilden den recht monotonen Inhalt der Tagesblätter. Die Propaganda hat sich neuwärtigen „unrichtig“ gemacht. Sie arbeitet mit Briefen, Broschüren, Warnungen, Verleumdungen und andern Mitteln; sie richtet sich, vermittelt der Volk, an den einzelnen Wähler. Kein Vorkriegsmodell kommt sie billiger zu haben als der Zettelkrieg auf Straßen und Plätzen; auch wirkt sie in dieser Hinsicht vornehmlich und kann sich auf riskanten Boden begeben. Denn sie benutzt auch die Macht der Anonymität. Fair play gibt es nicht mehr. Der Gegner wird mit Rot demontiert. Das gilt für alle Parteien.

Ein französischer Wähler erhält gegenwärtig täglich zehn bis zwölf Mitteilungen, Broschüren, vertrauliche Informationen über den einen und anderen Kandidaten. Gleich man diese „Post“ etwas genauer durch, so ist man erstaunt, daß sie sich in der Hauptsache mit der Frage beschäftigen: „Wer ist daran schuld, daß das Leben so teuer, der Sparsumme so mager wird?“ Weher die Wahlmacher des Bloc national (der über eine Rasse von 50 Millionen Franken verfügt) noch die der Linksparteien (mit Wählerfonds von etwa 100 000 Franken) lenken die Aufmerksamkeit des Wählers auf die Grundfragen, die ihrer Lösung harren und mit denen sich das französische republikanische Parlament zu befassen haben wird. Anstatt die Mißere verteuert Lebenshaltung und harter Verringerung der Ersparnisse auf eine überaus kostspielige Radikalpolitik zurückzuführen, bemühen sich sämtliche Oppositionsparteien, die Schuld auf das verfehlte Steuerregime zu werfen. Erst in zweiter und dritter Linie weisen sie auf die Folgen der sozialistischen „Sanktionen“ und Militarpolitik Frankreichs hin. Sie mögen es aber nicht, den Stab über diejenigen Männer zu brechen, die solche Wege einschlagen. Durchwegs wird die Wahlpropaganda der Bloc- und Antibloc-Kandidaten inenpolitisch eingeleitet; Reparationsfrage, Ruhrbesetzung, Rüstungen gehören in ein anderes Gebiet, besser gesagt, in eine Epöche, die dem gewöhnlichen Mann der Straße fremd ist. Er versteht einfach nichts davon.

Die Schuldfrage, wenn die Verteuerung der täglichen Lebensbedürfnisse zurückzuführen ist, findet, je nach dem Parteistandpunkt, ihre absolut einseitige Verantwortung. Der Bloc kandidiert sagt: „Wir haben dafür gesorgt, daß Frankreich seine landwirtschaftliche und industrielle Leistungsfähigkeit schnell wieder erreiche. Das ist uns gelungen, denn wir produzierten ebensoviel, wie vor dem Kriege. Durch die Ruhrbesetzung haben wir die Deutschen gewonnen, ihre Zahlungsbereitschaft kündigt an; wir bewahren Frankreich vor einem Angriff durch die Besetzung des deutschen Ruhrgebietes. Wir werden diese Fische weiter erfüllen. Die Ruhr ist der Friedel. Umgekehrt, nachdem sie die Ruhrbesetzung zugegeben hatten, heute erklären sie, daß wir allein dafür stimmten. Die Verteuerung der Lebensmittel wird in Kürze überwunden sein. Wir haben den Franken wieder hergestellt. Den Linksparteien, die mit den Sozialisten zusammen arbeiten, wäre das niemals gelungen, denn Vorgesand hätte ihnen die Anleihe nicht bewilligt, wird sie ihnen niemals bewilligen, wenn sie — was Frankreich erpact bleiben möge — zur Macht gelangen.“

Der Mann des Antibloc erklärt: „Der Bloc national hat ein schlechtes Steuerregime geschaffen, das den Kriegsgewinnler, den Profitier aus dem Frontenkrieg schon, demgegen die mittleren Schichten schwer trifft. Die Umschmelzer von 20 v. O. macht es unmöglich, das Leben billiger wird. In der Ruhrfrage hat der Bloc national versagt (1), da er weder den richtigen Zeitpunkt, mit Deutschland direkt zu verhandeln, ergriff, noch die Alliiertenfront herstellte.“

Der gemäßigten Sozialist schließt sich im allgemeinen dem Standpunkt des Antibloc an, ohne von der Parteipolitik den vollen Gebrauch zu machen. Vorletztes liegt über die rein politische Notwendigkeit, dem Bloc national geschlossen entgegenzutreten.

Schon wir uns noch die Spitze der „Partei nationaler Russen“ an. Innerhalb der sich die Arbeiter-Rasse wandert. Da nun als letztes Wort an...

meist es von Reichsbürgern. Alles wäre besser gegangen, wenn man in Frankreich einmütig ein Regime höherer Autorität (eine Umformung des Wortes Diktatur) errichtet hätte. Frankreich bedarf nicht englischer Bevormundung. Es ist hart genug, sich selbst seine Position in Europa zu schaffen. Dieselben Männer, die sich mit einem weichen Frieden begnügen wollten, sind jetzt wieder an ihrer Wählerarbeit. Daubert verliert über zehn Millionen Franken Propagandagelder, zahlreiche republikanisch gekannte Wähler senden dieser Gruppe finanzielle Hilfe. Innerhalb kurzer Zeit brachte Daubert zwei Millionen auf, die er benötigte. Den Kommunisten geht es nicht so gut. Ihre Sammlung lieferte nach vielen Wochen 400 000 Franken als Endergebnis. Und man behauptet, daß davon ein Drittel aus Ausland kam.

Je mehr Parteien, desto besser für den Bloc national. Das ist die Wahlsparole. Die Verhältniswahl, mit ihren empfindlichen, die Mehrheit stets begünstigenden Einschränkungen bietet derjenigen Partei, die geschlossen an die Urne geht, den entscheidenden Erfolg. Ein Wähler, der gegen den Bloc national stimmen will, verleiht seine Stimme auf vier Arten, deren Kandidaten ihm passen. Man nennt das: durcheinanderwerfen. Durch diese Stimmenverteilung entzieht aber bei der Berechnung des Wahlquotienten (der sich aus der Division der Totalstimmen durch die vorhandenen Urnen ergibt) ein Vorteil für diejenige Partei, deren Wähler durcheinander auf eine Liste ihre Stimmen abgegeben haben. Es findet nämlich die endgültige Verteilung auf Grund des stärksten numerischen Durchschnittes statt. Diejenige Partei, deren Wähler geschlossen abstimmen, profitiert demgemäß bei der Verteilung der Deputiertenmandate. Während sich die Blockmehrheit immer fester aufwärtschleicht, klaffen zwischen den Linksparteien breite Risse.

In den Wahlversammlungen warnt man die Anhänger des Antibloc vor einer Stimmenverteilung. Doch man weist ihnen nicht den praktischen Weg, dieses Uebel zu vermeiden, denn die Linksparteien sind in verschiedenen Wahlkreisen nicht mit den gemäßigten Sozialisten einig und nähern sich, wie in Nordfrankreich, dem linken Flügel des Bloc national an. In Lille erklärte ein Kandidat des Antibloc, daß er, beim Wiederzusammentritt der Kammer, für ein Kabinett Voinard eintreten werde. Läßt sich im Lager des Bloc national Geschiehenheit (selbst auf Grund weitgehender Kompromisse) erkennen, so herrscht bei den Oppositionsparteien eine Unzufriedenheit, die nicht nur das Prestige der Antirepublikaner beeinträchtigt, sondern auch das Resultat wesentlich kompromittieren wird.

Trotzdem macht sich eine Tendenz nach der Linken hin geltend. Sie erklärt sich aus der Taktik des Bloc national, der — unter dem Schutze des Innenministeriums arbeitend — dem Antibloc, dessen schwankende Politik in entscheidenden Fragen bekannt ist, den Wind aus den Segeln nimmt. In Südfrankreich gleichen die Wahlprogramme der Blockmehrheit denen der Linken auf ein Haar. Die Gegner nehmen zu rein lokalen Streitigkeiten ihre Zuflucht. Nur in Paris spielen sich die Gegensätze zu. Der Wahlkampf wird hier am heftigsten geführt und steht im Zeichen der Steuerfragen. Von den sieben Millionen Bauern der Provinz, die — wie sich aus statistischen Feststellungen ergibt — in höchstem Maße von der Blockmehrheit zu erwarten, daß sie den Bloc national verlassen, und das um so weniger, da ihnen ihr Kandidat den Frieden verspricht und die Besserung der allgemeinen Lage durch Einfrierung der deutschen Reparationen.

Eine scharfe Gegenüberstellung der Parteien ist im Aufbaugebiete zu erwarten. Dort sind schwere Unregelmäßigkeiten geschehen, die der Bloc auf dem Gewissen hat. Wenn die Antirepublikaner rund dreißig Mandate erobern (was erwartet wird), so haben sie dies den Kaufmannshändlern zu „verdanken“, deren Geschäfte seit 1919 glatt abgewickelt werden konnten.

### Die englisch-russischen Verhandlungen

London, 28. April. (Via Drahtbericht.) Der diplomatische Korrespondent des „Observer“ teilt mit, daß das englisch-russische Komitee seine Arbeiten wieder aufnehmen werde. Die vier Ausschüsse seien dabei, die Rufe zwischen beiden Parteien zu überbrücken. Anfangs nächster Woche soll in erster Linie der Streit über die Dreimillionenfrage beigelegt werden. Die Schwierigkeit besteht in dem Ausgleich der Gegensätze zwischen dem bolschewistischen Rußland und dem kapitalistischen England. Man mache kein Hehl daraus, daß die britische Regierung den kapitalistischen Standpunkt vertritt und daß der Unterschied zwischen dem sozialistischen und kapitalistischen System ein Streit um Werte ist. Andererseits sehe man die Forderungen der Rußen nicht als bloße Forderungen an.

## Wahltag ist Schicksalstag!

Ein Aufruf der Reichsregierung

WTB. Berlin, 27. April. Die Reichsregierung beauftragt folgendes Aufruf:

An das deutsche Volk!

Der Wahltag am 4. Mai ist Schicksalstag für das deutsche Volk. Der neue Reichstag wird über Obelid und Verderb unseres Reiches die Entscheidung fällen müssen.

Als Reichsgesamtheit ist es unsere Pflicht, allen Volksgenossen die Bedeutung gerade dieser Reichstagswahl einbringlich vor Augen zu führen.

Wir vergeßen zu schnell! Denkt zurück an die Zeit der wahrungswürdigen Selbstentwertung! Ersinnert euch an die Tage des vergangenen Jahres, wo aus den Tausendern die Millionen, aus den Millionen die Milliarden und aus den Milliarden die Billionen wurden.

Da war das Ende nahe! Da standen wir wirklich vor dem Verderben. Wehe, wenn damals der drohende Umhang von rechts und links die Oberhand gewonnen hätte!

Wir sind nicht in den Abgrund gestürzt. Wir sind nicht der Verzweiflung zum Opfer gefallen. Die Staatsgewalt hat sich behauptet, das Reich ist nicht zerfallen. Aber alles haben wir daransetzen müssen, haben bittere, grausame Maßnahmen ergreifen müssen, um im letzten Augenblick mit letzter Kraft den Zusammenbruch abzuhalten. Große Opfer hat die Rettung vor dem Untergang gekostet, und wir werden noch weitere schwere Lasten auf uns nehmen müssen, ehe wir wieder ganz gesicherten Boden unter den Füßen haben.

Aber wir haben doch wieder die feste Welt. Die entscheidende Arbeitslosigkeit ist im Schwünge. In Staat und Wirtschaft, in Gemeinde und Einzelhandelsbetrieben haben wir wieder mit Geld und Leben, mit festen Einnahmen und Ausgaben rechnen. Kraft und einbringlich aber sei es gesagt: Jedes Wort von dem von beschränkten Wege der Ordnung und Bebauung wird das Ende des Reiches, das Verderben des Volkes sein. Nur durch Arbeit und Opfer werden wir den Weg aus dem Elend in die Freiheit finden.

Durch die von ausländischen Sachverständigen im Auftrag ihrer Regierungen erfassten Umfragen wissen wir zu einer Lösung der Reparationsfrage, zur Verringerung unserer Verluste an Rhein und Ruhr gelangen. Auch die Vorschläge der Sachverständigen haben von uns die allerschwersten Opfer. Aber sie wollen die uns bedrückende militärische Gewalt erleben durch Gewährung von Reparationen wirtschaftlicher Vermehrung. Das bedeutet für uns als wehrfähiges Volk einen Fortschritt.

Siegen die Gegner dieser Politik einen andern Ausweg und außer Achtlassen? Nein, es besteht kein Zweifel, die Arbeit der Reichsregierung herabzusetzen und gegen die Interessen der Sachverständigen

die Volkseigenen anspicuischen. Was wäre die Folge, wenn ihnen die Möglichkeit geboten würde, ihre Worte wahr zu machen und nach ihren Methoden

Dies ist keine Reklame!



das deutsche Volk zu regieren? Die Folge könnte nur sein: bedingungslose Unterwerfung mit Hinnahme neuer schwerer Demütigungen oder der Krieg gegen die ganze Welt.

Wer unser deutsches Volk wirklich liebt, der wird alles daran setzen, um es vor diesem Schicksal zu bewahren. Nur das ist wahrhaft nationale Politik!

Darum, deutsche Männer und Frauen, gebt nicht den Leuten eure Stimme, die unter den 23 verschiedenen Parteien auch die größten Verleumdungen machen und euch in der Stunde der Gefahr im Stich lassen! Prüft sorgsam, ob ihr eure Stimme einem Bewerber gebt, der, von Verantwortungsgefühl durchdrungen, die Gewähr für die Erhaltung des Friedens bietet. Nur dann wird die Wahrung vor neuem Verfall und die Wirtschaft vor endgültigem Zusammenbruch gesichert sein. Nur dann werdet ihr einen Reichstag bekommen, der den Frieden bewahrt und Arbeit schafft, der Freiheit erzieht und das Reich erhält.

Ein harter Kampf wird am 4. Mai ausgetragen werden. In diesem Kampfe ruht das Vaterland auch den letzten Mann an!

Deutsche Männer und Frauen! Erfüllt alle eure Ehrenpflicht! Es gilt dem Frieden, es gilt der Freiheit, es gilt das Glück unserer Kinder! Die Reichsregierung

Die Reichsregierung